Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Neuvermessung amerikanischer Macht – Teil II: Konzentration und Neuanlauf
2. Vier Jahre Ukraine-Krieg und die Isolation von Jacques Baud
3. Im vierten Kriegswinter stehen Gewerkschaften in der Ukraine zunehmend unter Druck
4. USA warnen Ukraine: Kiew soll US-Interessen bei Angriffen auf russische Infrastruktur beachten
5. US-Krieg mit dem Iran: Wovor arabische Staaten sich fürchten
6. Strategischer Partner China
7. Die Kurden in Syrien gehören zu den Verlierern
8. Vergessenes Gaza
9. Achtung. Achtung. Hier spricht Berlin: Vorsicht vor Putins Agenten, Nowitschok und anderen Giften. Fröschen auch. Die Ukraine wird siegen!
10. Grönland in der EU – ein neuer Baerbock und ein Vorschlag von Sacharowa
11. Die Meldestelle HessenGegenHetze ist Geschichte – Verlierer ist HateAid
12. Stand der Gleichstellung: Wo gibt es Fortschritte, wo Stagnation? Neue Studie liefert aktuelle Daten zu fast 30 zentralen Indikatoren
13. Klatschende Merkel nach Wahl von Merz: ARD muss Beitrag zum CDU-Parteitag korrigieren
14. Die Abgründe des Wertewestens
15. Zu guter Letzt: Führer, benutze mich!

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Neuvermessung amerikanischer Macht – Teil II: Konzentration und Neuanlauf**
   Die neue Nationale Sicherheitsstrategie setzt einen überraschenden Akzent. Nicht die offene Konfrontation mit China steht am Anfang – obwohl China weiterhin als zentraler Rivale gilt – sondern die westliche Hemisphäre. Nordamerika, die angrenzenden Seewege, Mittel- und Südamerika rücken nach vorn. Der Blick geht zuerst nach innen. Dahinter steht eine einfache Rechnung. Die Vereinigten Staaten sind nicht militärisch geschlagen, aber sie sind materiell begrenzt. Die industrielle Erosion, die aus der finanzkapitalistischen Globalisierung hervorging, hat ihre strategische Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Erst als diese Schwächung operative Folgen zeigte, wurde die Verwundbarkeit sichtbar.
   Quelle: Arno Gottschalk auf etos.media

   dazu: **Eine neue Perspektive und ein neuer Entwurf: Eine entmilitarisierte Arktis zum Wohle aller – und warum das sinnvoll ist**
   Die Arktis wird oft als kalte Arena der Rivalität dargestellt – als Ort, an dem Großmächte ihre Entschlossenheit gegenseitig auf die Probe stellen. Diese Weltanschauung ist jedoch veraltet, einfallslos und letztlich selbstzerstörerisch. Die Arktis ist kein leerer Raum, der darauf wartet, militarisiert zu werden. Sie ist eine lebendige Region, ein Klimastabilisator und eine kulturelle Heimat, deren Zukunft die Zukunft der Menschheit prägen wird. Wenn wir von diesem Verständnis ausgehen, wird eine weitaus rationalere Ordnung in der Arktis möglich – eine Ordnung, die friedlich und kooperativ ist und in deren Mittelpunkt die Menschen stehen, die tatsächlich dort leben.
   Quelle: pressenza

   dazu auch: **Gewinnt die Koalition der Unruhestifter?**
   Eine Analyse von Botschafter a. D. GYÖRGY VARGA
   Hinter den deutlich sichtbaren Sinuskurven der Außenpolitik der USA stehen innenpolitische Gegner, die an einem Ende des Ukraine-Krieges nicht interessiert sind (Demokratische Partei, die Rüstungslobby, bekannte Kriegsfalken aus seiner eigenen Partei – wie zum Beispiel Senator Lindsey Graham), sowie die mit der Biden-Administration verwobene europäische Führungsebene, die heute ohne Gesichtsverlust nicht mehr aus der Verantwortung für die Folgen des Krieges – die Zerstörung und die Kosten der Ukraine – aussteigen kann.
   Die Bilanz der am 2. März 2025 auf britische Initiative in London geschmiedeten »Koalition der Willigen« fällt nach mehr als neun Monaten Präsidentschaft Trump erfolgreich aus: Es ist ihr gelungen, die US-Administration im Ukraine-Krieg – als

Schiedsrichter, der Russland nach den Willen der Willigen sanktioniert, und als Waffenbeschaffungsquelle – zu halten.
In Europa manifestiert sich derzeit ein elitegesteuerter ideologischer Absolutismus, der die gesamte innere Funktionsweise der Europäischen Union (EU) durchdringt.
Quelle: Hintergrund

2. **Vier Jahre Ukraine-Krieg und die Isolation von Jacques Baud**
   Eskalation nach außen – Repression nach innen.
   Zum vierten Jahrestag des Ukraine-Krieges wurde überdeutlich: Sowohl die Ukraine als auch die europäischen NATO-Verbündeten wollen keinen Frieden in der Ukraine. Lautstark werden in Brüssel, Berlin, London und Paris Forderungen nach noch mehr Waffen und Finanzhilfe für die Ukraine erhoben. Russland warnt vor einer atomaren Bewaffnung Kiews durch Frankreich und Großbritannien sowie vor geplanten Angriffen auf die Pipeline Turkish Stream. Nimmt man die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft über die Verwicklung staatlicher Stellen der Ukraine in die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipeline ernst, erscheinen solche Warnungen nicht abwegig.
   Klar ist, dass die europäischen Eliten – mit Ausnahme Ungarns und der Slowakei – planen, den Krieg in der Ukraine weiter eskalieren zu lassen.
   Quelle: Sevim Dagdelen Overton Magazin
3. **Im vierten Kriegswinter stehen Gewerkschaften in der Ukraine zunehmend unter Druck**
   Vier Jahre nach Ausbruch der russischen Invasion stehen die Gewerkschaften in der Ukraine vor mehreren Herausforderungen: In Kriegszeiten für Arbeitnehmer:innenrechte einzustehen und politischen Angriffen standzuhalten. […] Seit Februar 2022 gilt in der Ukraine das Kriegsrecht, Streiks sind damit faktisch ausgesetzt und Versammlungen nur eingeschränkt möglich. Das erschwert die gewerkschaftliche Arbeit erheblich, sagt Aleksandr Skiba, Vorsitzender der Freien Gewerkschaft der Eisenbahner im Depot Darnytsia im Interview mit Arbeit&Wirtschaft: „Wir sind in einer der schwierigsten Zeiten für Gewerkschaften, weil wir nicht in der Lage sind, auf Entscheidungsprozesse der Regierung einzuwirken.“
   Quelle: Arbeit&Wirtschaft

   dazu auch: **„Gigantischer Braindrain“ – Diese Folgen hat der Krieg für Forschung und Wissenschaft in der Ukraine**
   Der russische Angriffskrieg hat massive Auswirkungen auf die Forschung in der Ukraine. Viele Bildungseinrichtungen seien zerstört, sagt Philipp Christoph

Schmädeke von Science at Risk im Deutschlandfunk. Tausende Akademiker hätten das Land verlassen oder dienten in der Armee.
Quelle: Deutschlandfunk

4. **USA warnen Ukraine: Kiew soll US-Interessen bei Angriffen auf russische Infrastruktur beachten**
   Im vergangenen Jahr griff die Ukraine einen Ölhafen in Russland an. Laut der ukrainischen Botschafterin warnten die USA die Ukraine daraufhin, auf US-Wirtschaftsinteressen zu achten.
   Das US-Außenministerium hat Medienberichten zufolge der ukrainischen Regierung eine offizielle Erklärung übermittelt, um gegen einen Angriff der Ukraine auf ein russisches Ölpipeline-Terminal im vergangenen Jahr zu protestieren. „Wir wurden vom Außenministerium darauf hingewiesen, amerikanische Interessen nicht anzugreifen“, erklärte die Botschafterin der Ukraine in den USA, Olga Stefanishyna, einem Bloomberg-Bericht zufolge.
   Hintergrund der Nachricht war demnach ein ukrainischer Drohnenangriff auf den Schwarzmeerhafen Noworossijsk im vergangenen November.
   Quelle: Berliner Zeitung

   Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Das wirkt absurd! Biden mit seinem Interesse am Krieg (Russland schädigen, NATO-Mitgliedschaft etc.) ist weg, Trump dagegen will Deals! Und die sollen durch Zerstörung in Russland nicht gefährdet werden.*

5. **US-Krieg mit dem Iran: Wovor arabische Staaten sich fürchten**
   Die arabischen Nachbarn sehen den militärischen Aufmarsch wohl wissend, dass Bombardierungen und Regimewechsel geopolitische Folgen haben können.
   Während ein amerikanischer Angriff auf den Iran zunehmend unvermeidlich erscheint, sind Amerikas Verbündete am Persischen Golf – jene Staaten, die US-Stützpunkte beherbergen und sich nervös auf mögliche iranische Vergeltung vorbereiten – zutiefst besorgt über eine Eskalation und drängen Washington, sie zu verhindern.
   Das Ausmaß der US-Mobilisierung ist in der Tat gewaltig. Wie Kelley Vlahos von Responsible Statecraft berichtete, befinden sich mindestens 108 Luftbetankungsflugzeuge im oder auf dem Weg zum Einsatzgebiet. Militärs zufolge könnten Angriffe nun „jederzeit“ erfolgen.
   Diese Vorbereitungen deuten nicht nur darauf hin, dass die Operation unmittelbar bevorstehen könnte, sondern auch darauf, dass sie nachhaltiger sein und länger andauernd könnte, als der einmalige Schlag gegen iranische Nuklearanlagen im Juni 2025.
   Quelle: Telepolis

6. **Strategischer Partner China**
   Deutschland wird seine „umfassende strategische Partnerschaft“ mit China vertiefen und insbesondere seine wirtschaftlichen Beziehungen mit der Volksrepublik ausbauen. Dies sind Ergebnisse der Gespräche, die Bundeskanzler Friedrich Merz am gestrigen Mittwoch in Beijing mit Chinas Präsident Xi Jinping sowie mit Ministerpräsident Li Qiang führte. Zudem sollen die Beziehungen zwischen China und der EU wieder verbessert werden. Auslöser für die erneute Annäherung zwischen Berlin und Beijing sind die fortgesetzten Angriffe der Trump-Administration auf Deutschland und die EU, die die Bundesregierung dazu nötigen, ökonomisch und politisch enger mit Drittstaaten zu kooperieren, will sie sich nicht dauerhaft von den USA auspressen lassen. Dabei kommt sie trotz aller Rivalität auch um eine stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsmacht China nicht herum. Merz teilte mit, man werde ökonomische Differenzen künftig „in einem offenen Dialog miteinander“ lösen. Dazu zählt, dass die Bundesrepublik ein großes und weiter steigendes Handelsdefizit mit China verzeichnet und dass ihre Unternehmen auch auf Drittmärkten mit chinesischer Konkurrenz zu kämpfen haben.
   Quelle: German Foreign Policy

   dazu: **Mit dem Pferd kommt auch der Erfolg**
   Mit Blumenstrauß, rotem Teppich und militärischen Ehren: So wurde der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz bei seinem ersten Besuch in China empfangen. Gut eine Woche nach dem chinesischen Frühlingsfest startete er am Mittwoch als erster ausländischer Regierungschef seine erste Reise ins Reich der Mitte und sorgte so für einen guten Auftakt der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit im Jahr des Pferdes. Mit an Bord waren dreißig Top-Manager von führenden DAX-Konzernen, die in China mit beachtlichem Gewinn agieren und deren unternehmerischer Erfolg eine Schlüsselrolle für die Stabilität und Prosperität der deutschen Wirtschaft insgesamt spielt. Auf dem CDU-Parteitag betonte Merz, dass die Außenwirtschaftsbeziehung ein wesentlicher Bestandteil der Außenbeziehung sei. Daher ist eine solide Beziehung zu China von entscheidender Bedeutung. China ist nicht nur die zweitgrößte Volkswirtschaft, sondern wurde nach einer kurzen Unterbrechung im letzten Jahr auch wieder Deutschlands größter Handelspartner. Vor dem Einstieg in die Maschine bekräftigte der Bundeskanzler, dass Deutschland das Potenzial der Partnerschaft mit China ausschöpfen wolle und eine Entkopplung von China ein Fehler wäre. Dem ist unbedingt zuzustimmen.
   Quelle: CRI online

   dazu auch: **Zwischen Pragmatismus und wirtschaftlicher Sicherheit**

Erster China-Besuch seit dem Amtsantritt: Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz trifft in China auf die Staatsspitze. Das zweitägige Programm, das den Kanzler auch zum Hightech-Standort Hangzhou führt, steht ganz im Zeichen der wirtschaftlichen Realpolitik. In einer Zeit globaler Umbrüche will Berlin die Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner neu justieren.
In dieser Woche reist der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz nach China. Es ist sein erster Chinabesuch seit seinem Amtsantritt im Mai des vergangenen Jahres. Merz ist zudem der erste ausländische Regierungschef, der nach dem chinesischen Neujahrsfest in Beijing empfangen wird.
Quelle: German.China.org.cn

7. **Die Kurden in Syrien gehören zu den Verlierern**
   Die Regierung Trump mischt die Karten im Nahen Osten neu. In Syrien gehören die Kurden nicht mehr zu den Verbündeten der USA, sie sollen sich mit der neuen „Realität“ abfinden. Verherrlicht von den USA wird jetzt Achmed al-Sharaa, auf dessen Kopf vor kurzem noch 10 Millionen Dollar ausgesetzt waren …
   Auf einmal schien die Regierung Donald Trump es mit dem Abzug der US-Truppen aus Syrien besonders eilig zu haben: Das US-Militär habe den Stützpunkt al-Tanf bereits vollständig verlassen, erklärte am Donnerstag vor einer Woche Admiral Brad Cooper, der das Central Command der US-Truppen in Syrien leitet. Der Stützpunkt werde fortan von den syrischen Streitkräften übernommen, bestätigte kurz darauf auch das syrische Verteidigungsministerium.
   Quelle: Globalbridge
8. **Vergessenes Gaza**
   Für die Bundesregierung herrscht wieder Normalität in Gaza und in Palästina, dem Land, dem kein Existenzrecht zugestanden wird. Nach kurzer Unterbrechung hat sie Anfang des Jahres die Waffenlieferungen nach Israel wieder aufgenommen, denn es sei ja ein Waffenstillstand erreicht in Gaza. Deutsche Politiker geben sich die Klinke in die Hand: Kanzler Friedrich Merz besuchte Anfang Dezember 2025 den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, kurz danach gefolgt von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt. Man weiß: Netanjahu wird vom Internationalen Strafgerichtshof (IstGH) wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht. Aber Dobrindt möchte von den Erfahrungen Israels, dem „Premiumpartner“ Deutschlands, profitieren, die es mit der umfassenden Überwachung und Bekämpfung der Palästinenser gemacht hat. Und derzeit wartet die deutsche Regierung untätig ab, ob und wann die eingespielte Allianz USA-Israel die „Drecksarbeit“ im Iran erledigt.
   Quelle: Manova

dazu auch: **Deutsche Erinnerungspolitik: Die große Heuchelei**
Die Erinnerungskultur in diesem Land wird genau durch jene zerstört, die vorgeben, sie zu verteidigen: die politische Kaste der Scheinheiligen. […]
Nehmen wir Julia Klöckner, immerhin mit dem zweithöchsten Rang im Staate ausgestattet. Als Präsidentin des Bundestags gab sie zum Holocaust-Gedenktag zunächst einen Erinnerungsbefehl für Migranten aus, um dann mit einer Spritztour in den Gazastreifen ihre Empathielosigkeit zur Schau zu stellen. Beide Ereignisse verdienen es, festgehalten zu werden, denn sie verkörpern sowohl einzeln wie in Kombination, was an der offiziellen Erinnerungskultur – im Wortsinn – abstoßend geworden ist.
Quelle: taz

und: **Bericht: Israel für zwei Drittel der getöteten Journalisten im Jahr 2025 verantwortlich**
So viele Journalisten wie nie zuvor sind 2025 im Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet worden. Ein Bericht des „Committee to Protect Journalists“ sieht Israel als Hauptverantwortlichen.
Weltweit sind im Jahr 2025 so viele Journalisten und Medienmitarbeiter getötet worden wie nie zuvor. Nach Angaben der NGO „Committee to Protect Journalists“ (CPJ) kamen 129 Menschen im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit ums Leben. Rund zwei Drittel der Todesfälle werden demnach Israel zugeschrieben, berichten der Guardian und Reuters unter Berufung auf den Jahresbericht der Organisation.
Es ist das zweite Jahr in Folge, in dem die Zahl der getöteten Journalisten einen Höchststand erreicht hat – und erneut das zweite Jahr, in dem Israel für etwa zwei Drittel der Fälle verantwortlich gemacht wird. Laut CPJ wurden 86 Journalisten durch israelischen Beschuss getötet, überwiegend Palästinenser im Gazastreifen. Hinzu kamen 31 Medienmitarbeiter, die bei einem Angriff auf ein Huthi-Medienzentrum im Jemen ums Leben kamen – der zweittödlichste Angriff auf Journalisten, den das CPJ je dokumentiert hat.
Quelle: Berliner Zeitung

9. **Achtung. Achtung. Hier spricht Berlin: Vorsicht vor Putins Agenten, Nowitschok und anderen Giften. Fröschen auch. Die Ukraine wird siegen!**
Am 25. Februar 2024 erzählte der damalige Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes und heutige Leiter des ukrainischen Präsidialamtes eine andere Geschichte. Budanow bestätigte öffentlich die offizielle russische Version der Todesursache – ein Blutgerinnsel (Embolie). Er habe das nicht aus dem Internet. […]

Die BBC sah das 2024 ganz kühl: Nawalny musste dafür sorgen, „relevant zu bleiben“, nicht vergessen zu werden. Menschliches Mitleid liest sich anders. Aus russischer Sicht hatte Nawalny – objektiv betrachtet – als Austausch-Subjekt einen gewissen Restwert. Als Ermordeter hingegen wird er (im Westen) verewigt als ein weiteres mutmaßliches Opfer von Putins mörderischen Instinkten und russischer Giftmischerei.
Später im Jahr 2024 schlossen sich nach Medienberichten die US-Geheimdienste Budanows Auffassung an: Nawalny sei eines natürlich Todes gestorben.
Nun erklärten fünf Außenminister, nach gut zwei Jahren, Nawalny sei vergiftet worden. Auf der Grundlage heimlich aus Russland geschmuggelter Gewebeproben des Toten. In Deutschland ist es strafbar, die Totenruhe zu stören. Aber wenn es um die angebliche Entschlüsselung eines ungeklärten Todes (aus westlicher Sicht) geht, ist offenbar alles erlaubt.
Quelle: Petra Erler

10. **Grönland in der EU – ein neuer Baerbock und ein Vorschlag von Sacharowa**
Immerhin, man muss sie nicht mehr so häufig hören wie zu Zeiten, als sie noch Außenministerin war. Derzeit sind es vor allem die UN-Vertreter, die unter ihrem grottigen Englisch leiden müssen. Aber Baerbock bleibt sich selbst treu, auch wenn es um Grönland geht. (…)
Immerhin hat sie sich gerade erst wieder mit einer Äußerung zu Grönland blamiert, das sie bei “Maischberger” mal eben zum EU-Gebiet machte. Darüber wären die Grönländer aber nicht glücklich. (…)
Auf den Widerspruch der Moderatorin (an sich schon ein sensationeller Vorgang), Grönland sei eben nicht EU-Gebiet, erwiderte Baerbock, die Grönländer seien EU-Staatsbürger und “damit haben sie auch die Außengrenze der EU”. (…)
Selbst der Spiegel findet das etwas abenteuerlich, was Baerbock da erklärt hat. Da sind immerhin noch solche Ecken wie Neukaledonien im Südpazifik oder Martinique in der Karibik, die als französische Überseegebiete zählen; aber auch die Niederlande halten Curacao und einige weitere Karibikinseln nach wie vor unter ihrer Kontrolle, und bis zum Austritt der Briten aus der EU gehörten sogar noch die Falkland-Inseln kurz vor Feuerland mit dazu. Wenn man das als EU-Außengrenze ansehen würde, wären Atlantik und Pazifik größtenteils EU-Gebiet. Eine wirklich absurde Vorstellung (wobei, um es auf die Spitze zu treiben, Französisch-Guayana, das auf dem lateinamerikanischen Festland liegt, tatsächlich Teil der EU ist).
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

11. **Die Meldestelle HessenGegenHetze ist Geschichte – Verlierer ist HateAid**
Die von Anhängern der Meinungsfreiheit ungeliebte Meldestelle HessenGegenHetze, bekannt durch ihre Mitverantwortung für Hausdurchsuchungen bei Habeck-Kritiker Stefan Niehoff und dem Publizisten Norbert Bolz, ist Geschichte. Anfang Februar hat

die Landesregierung den Namen von den einschlägigen Netzseiten entfernt. (…)
HateAid dürfte der große Verlierer der Umwidmung der Abteilung sein. Denn bisher durfte die Organisation privilegiert und massenhaft Inhalte von weltanschaulichen Gegnern, die sie bei der algorithmischen Durchforschung des Internets fand, als Hass oder Hetze an die Meldestelle übermitteln. Diese kümmerte sich dann darum, dass viele der Inhalteersteller Ärger mit den Strafverfolgern bekamen. Damit sollte jetzt Schluss sein.
Allerdings kann sich HateAid mutmaßlich noch über das baden-württembergische Pendant zu HessenGegenHetze austoben, die Stuttgarter „Meldestelle REspect! im Netz“. Auch hier ist HateAid Kooperationspartner und kann Inhalte aus ganz Deutschland melden.
Lob, wem Lob gebührt, in diesem Fall Roman Poseck (CDU). Seine Begründung für die Neuausrichtung in der Pressemitteilung verdient mehr Aufmerksamkeit, als sie kurz vor Weihnachten erhielt:
Quelle: Norbert Häring

12. **Stand der Gleichstellung: Wo gibt es Fortschritte, wo Stagnation? Neue Studie liefert aktuelle Daten zu fast 30 zentralen Indikatoren**
Was hat sich zuletzt in Bezug auf die Situation von Frauen und Männern im Berufsleben getan? Wie groß sind die Ungleichheiten, wo gab es Fortschritte bei der Gleichstellung, wo Stagnation? Diesen Fragen gehen Dr. Yvonne Lott vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Svenja Pfahl und Eugen Unrau vom Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) in einer neuen Studie nach. Anhand von knapp 30 zentralen Indikatoren aus dem WSI-Genderdatenportal liefert ihr Report auf Basis der aktuellsten verfügbaren amtlichen Daten eine Übersicht über den Stand der Gleichstellung. Zentrale Trends: Zwar hat sich der Rückstand von Frauen bei Einkommen und Rente verringert. Bei Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeiten, Arbeitsbelastung und der Aufteilung von Sorgearbeit sind sie jedoch nach wie vor deutlich im Nachteil. „Es bestehen weiterhin deutliche Unterschiede am Arbeitsmarkt zwischen Frauen und Männern. Die Geschlechterungleichheiten fallen besonders deutlich aus, wenn Kinder mit im Haushalt leben“, schreiben die Forschenden. So haben erwerbstätige Mütter und Väter im Durchschnitt zwar jeweils eine Gesamtarbeitszeit von 60 Stunden pro Woche. Das Verhältnis von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit unterscheidet sich jedoch stark (mehr unten).
Quelle: Hans Böckler Stiftung

13. **Klatschende Merkel nach Wahl von Merz: ARD muss Beitrag zum CDU-Parteitag korrigieren**
Die Sendung „Bericht aus Berlin“ zeigte die klatschende Ex-Kanzlerin nach der Wahl

von Merz zum Vorsitzenden der Partei. Dabei war sie zu diesem Zeitpunkt nicht mehr im Saal.
Die ARD hat Fehler im Zusammenhang mit der Berichterstattung zum CDU-Parteitag am vergangenen Wochenende eingeräumt. Konkret ging es um eine Folge „Bericht aus Berlin“, bei dem die Wiederwahl von Bundeskanzler Friedrich Merz zum CDU-Vorsitzenden gezeigt wurde.
Aufmerksam auf den Fehler machte der Journalist Stefan Niggemeier auf der Plattform X. Die Sendung habe gezeigt, wie die frühere Bundeskanzlerin und Parteikollegin Angela Merkel bei dem Parteitag nach der Wahl von Merz klatschte.
Jedoch war sie zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr im Saal.
Quelle: Berliner Zeitung

14. **Die Abgründe des Wertewestens**
Die neuesten Erkenntnisse im Epstein-Komplex machen nochmal deutlich: Die Eliten des Wertewestens führen ein Doppelleben. Und dann ist da noch ein alter Fall: War Marc Dutroux ein belgischer Epstein?
Langsam kann man nicht mehr mitzählen, wie viele Verschwörungstheorien der letzten Jahre und Jahrzehnte plötzlich den Weg der Realität beschritten haben. Ein nicht mehr ganz neuer, aber zuletzt nochmal aktualisierter Fall: jener um den US-Investmentbanker Jeffrey Epstein. Der hat über mehrere Jahre minderjährige Sexualpartner reichen und mächtigen Personen vermittelt, die er dann beim Verkehr mit den jungen Opfern fotografiert, gefilmt und erpresst hat. Besucher hatte er viele auf seiner Insel, auf der er seine Dienste anbot. Wie viele Mächtige dann tatsächlich erpresst wurden, weiß niemand so genau. Wem er diente, scheint außer Frage zu stehen: einem Geheimdienst. Oder mehreren? Die neuesten freigegebenen Dokumente in dieser Causa erlauben noch keine abschließende Beurteilung.
Quelle: Roberto De Lapuente Overton Magazin

15. **Zu guter Letzt: Führer, benutze mich!**
EZB-Chefin Christine Lagarde (kriminell, verurteilt), tritt wahrscheinlich schon vor Ende ihrer Amtszeit zurück, um E. Macron (kriminell, noch nicht verurteilt) die Neubesetzung der Stelle noch vor Ablauf seiner Amtszeit zu ermöglichen. Hüstel. Ihre Korrespondenz mit dem französischen „Mozart der Finanzen“ ist leider nicht öffentlich, aber im Zuge einer Hausdurchsuchung bei Lagarde wegen der Veruntreuung von 400 Mio. Staatsgeldern waren ihre Briefe an seinen Vorgänger Sarkozy (kriminell, verurteilt) publik geworden: „Ich bin an deiner Seite, um dir zu dienen. (…) Benutze mich für die Zeit, die dir passt. (…) Wenn du mich benutzt, brauche ich dich als Führer und Stütze. (…) Mit meiner immensen Bewunderung, Christine L.“
Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X